

# Danziger Dampfboot.

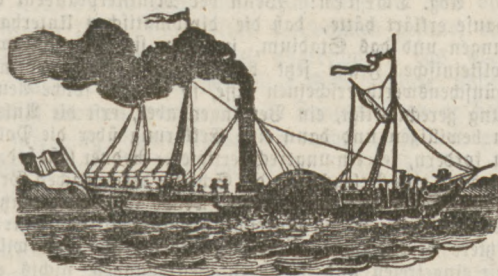
№ 10.

Mittwoch, den 13. Januar.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Abonnementspreis hier in der Expedition Portschaffengasse No. 5.

wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.



1864.

35ter Jahrgang.

Inserate, pro Petit-Spaltheile 1 Sgr., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Inserate nehmen für uns außer halb an:  
In Berlin: Metemeyer's Centr.-Büro. u. Annonc.-Bureau.  
In Leipzig: Ulgen & Fort. h. Engler's Annonc.-Bureau.  
In Breslau: Louis Stangen's Annonc.-Bureau.  
In Hamburg-Altona, Frankf. a. M. Haasenstein & Vogler.

## Telegraphische Depeschen.

Frankfurt a. M., Dienstag 12. Jan.

Die „Süddeutsche Zeitung“ veröffentlicht die Uebersetzung einer Depesche, die Drouyn de Lhuys unter dem 8. Januar an eine deutsche Regierung gerichtet. Folgendes ist der wesentliche Inhalt. Dem Kaiser Napoleon sei die Einladung der englischen Regierung vom 31. Dezember zu einer Konferenz über die schleswig-holsteinische Angelegenheit zugegangen. Die kaiserliche Regierung müsse jedoch im Hinblick auf das Scheitern eines allgemeinen Kongresses den Vorschlag dieser speciellen in Paris abzuhaltenden Konferenz ablehnen. Indessen sei sie nicht unbedingt gegen eine derartige Konferenz. „Die Londoner Konferenz von 1852“, fährt die Depesche wörtlich fort, „hat nur ein ohnmächtiges Nachwerk zu Stande gebracht; ihre Beschlüsse werden heute von der Mehrzahl der deutschen Staaten zweiten Ranges bestritten, sogar von einigen, welche selbst zugestimmt hatten. Wenn man heute wieder zusammenträte, würde es wesentlich sein, sich auf Bedingungen zu stellen, welche geeignet, Hoffnung auf ein befriedigenderes Resultat zu geben. An erster Stelle würde es wichtig sein, die Konferenz nicht dadurch mit dem Bundesstage in Konflikt zu setzen, daß man etwa die Bevollmächtigten einlade, über Fragen zu berathschlagen, welche schon thatsächlich entschieden sein dürften. Die kaiserliche Regierung hat sich bereits an die Mächte gewandt um zu erfahren, ob sie geneigt, den aktuellen status quo in Holstein und Schleswig, selbstverständlich mit Vorbehalt der schwebenden Fragen, zum Ausgangspunkt zu nehmen.“ Drouyn de Lhuys hält die Theilnahme Deutschlands an den Verhandlungen für sehr nützlich, bedauert, daß die Vereinbarungen von 1852 zur Herstellung einer neuen Erbfolgerordnung in Dänemark ohne den Bund vorgenommen seien, bezweifelt, daß der Bund auf dieselben eingehen werde, drückt die Ansicht aus, ein solcher nachträglicher Beitritt sei eher in einem allgemeinen oder engeren Kongresse zu erreichen gewesen, und schließt: „Da aber der Bundestag bei mehreren früheren Gelegenheiten alle Zumuthungen abgelehnt hat, welche dahin zielten, daß die Unterzeichner des Londoner Traktates die Differenzen des Bundes mit Dänemark in die Hand nehmen sollten, so muß der Kaiser, ehe er seinerseits den Vorschlag des englischen Kabinetts annimmt, sich zuvor darüber klar sein, ob die Anschauungsweise der deutschen Staaten in dieser Hinsicht sich geändert hat.“ Die Depesche schließt mit dem Ersuchen an die ... Regierung, ihre Ansicht über den englischen Vorschlag mitzutheilen.

Hannover, Dienstag 12. Jan.

Der Minister Hammerstein erstunete der zur Uebersetzung einer Adresse der am 10. Januar c. stattgehabten Landesversammlung empfangenen Deputation, es sei bekannt, wie sehr der König sich für die Herzogthümer Schleswig-Holstein interessire. Der König wolle aber der Entscheidung des Bundes durch irgend welche Erklärungen nicht vorgreifen. Positive Erklärungen über die Absichten des Königs und der Regierung verweigerte der Minister und bemerkte, es sei kein Anlaß vorhanden, die Antwort des Königs ungünstig aufzufassen.

Brüssel, 12. Januar.

In Brügge sind die von der Regierung aufgestellten Candidaten von drei Clericalen mit großer Majorität geschlagen worden. Es herrscht Aufregung. Der Rücktritt des Ministeriums oder die Auflösung der Kammern wird als unvermeidlich betrachtet.

Altona, 12. Januar.

Das Schloß Gottorp (bei Schleswig) muß von seinen jetzigen Bewohnern, unter denen mehrere Offizierfamilien, binnen 24 Stunden geräumt werden, weil die schleswigische Regierung dahin gelegt werden soll. Es heißt, der König und die Königin würden eventuell dort ihre Residenz nehmen.

Die „Flensburger Zeitung“ meldet gerüchtersweise aus Flensburg von gestern, daß die dortige Augustenburger Partei eine Subdignungs-Adresse an den Herzog Friedrich nach Kiel gesandt habe.

Itehoe, Dienstag 12. Januar.

Aus Schleswig wird uns vom 10. d. gemeldet: Der Amtmann Johannsen aus Husum ist aufgefordert worden, das Ministerium für Schleswig zu übernehmen, und bereits nach Kopenhagen gereist.

Dresden, Dienstag 12. Januar.

Der aus Wien gebrachten Mittheilung des „Schwäbischen Merkur“ gegenüber versichert das „Dresdner Journal“, der König von Sachsen habe in Betreff der schleswig-holsteinischen Frage überhaupt nicht an den Kaiser von Oesterreich geschrieben.

London, 11. Januar.

Hambro et Son werden hier fünfprozentige dänische Anleihe auslegen; Betrag 1,200,000 Pfd. Sterl.

London, Dienstag 12. Januar.

Nach offiziellen Berichten aus Bombay vom 29. v. Mts. haben die Engländer Mulla genommen und zerstört; der Krieg mit den Gebirgsstämmen an der afghanischen Grenze ist damit beendet. Peshawar und die übrigen Grenzbezirke sind ruhig.

## Hülfe für Schleswig-Holstein!

„Nicht, mehr Licht!“ rief der sterbende Goethe, gerade so rufen auch wir: Geld, mehr Geld für Schleswig-Holstein! Schleswig-Holstein liegt auf dem Sterbebette, bis jetzt schaut es vergeblich aus nach dem Arzte, welcher die Genesung bringen soll. Von Thackeray wird erzählt, er hätte eine Schachtel auf seinem Schreibtische stehen gehabt, mit Goldstücken angefüllt, und auf dem Deckel der Schachtel waren die Worte geschrieben: Von Zeit zu Zeit eine Pille zu nehmen. Auf Befragen eines Freundes, was das zu bedeuten habe, antwortete er: Hier im Hause ist Jemand krank und ich glaube, dieses ist die richtige Medicin, welche ihm helfen wird. Ja, das ist die richtige Medicin für Schleswig-Holstein und die Mutter Germania mit ihren Töchtern ist der Doktor, welcher das kranke Kind heilen kann, aber nicht pillenweise muß ihm die Medicin eingegeben werden, sondern das Kind, an lange Leiden gewöhnt, braucht starke Dosen, um zu genesen!

Mancher schüttelt verzagt den Kopf und sagt: Dem Kinde ist nicht mehr zu helfen, es ist ja ein Deutsches Kind, ihm wird im Jenseits besser sein, als bei uns. Andere bedächtige Leute meinen dagegen: Der Natur muß der freie Lauf gelassen werden, ist die Natur nicht stark genug, um sich durchzuarbeiten, warum noch unnütze Medicin vergeuden? Wieder Andere wollen erst die Krisis abwarten, um zu sehen, welchen Charakter die Krankheit dann annimmt. Böse Gesinnte wünschen sogar, das Kind solle sterben, denn die Krankheit, an der es leidet, sei ansteckend und könne möglicherweise die andern Deutschen Geschwister vergiften.

Und das Kind wird sterben, wenn ihm nicht sofort geholfen wird. Deutschland wird Trauer anlegen, die schönsten Grabreden werden gehalten wer-

den, vielleicht wird auch Einer oder der Andere sagen: Ja, hätte ich gewußt, daß das Kind wirklich verschieden würde, das wäre eine andere Sache gewesen, und — nach vierzehn Tagen wird das Kind vergraben sein. Man wird sich damit trösten, daß Germania außer dieser Tochter noch mit etlichen dreißig anderen gesegnet und daß somit kein Grund sei, ein Aussterben der Familie zu befürchten.

Inzwischen ringt der Bräutigam der kranken Tochter verzweifelt die Hände, vergebens ruft er die Mutter, vergebens die Geschwister an. Er verweist auf die herrlichen Eigenschaften der dahinscheidenden Braut und wie im Chor fallen sie Alle ein in übermäßiges Lob der Sterbenden. Er zählt ihre Verdienste auf, wie sie sich frei von andern Bewerbern erhalten, wie es dem bösen Dänen nicht gelungen, sie mit Güte oder Strenge seinen Wünschen gesügig zu machen, und sie singen ein Jubellied ihrer Standhaftigkeit. Er bittet um Hülfe — da zucken sie die Achseln. „Ich habe genug Lärm im eignen Hause, um mir nicht in fremden Feuern die Finger zu verbrennen“ sagt Schwester Borussia; Austria meint, was nützt's mir, wenn sie am Leben bleibt; sie ist Borussia's Nachbarin und war immer mehr deren Freundin, als die meinige. Die kleinere Schwester möchten wohl, aber wie können sie, wenn die älteren nicht wollen! „Wenn wir für sie eintreten, so geschieht es, weil wir an ihr eine Bundesgenossin gegen die Uebergriffe Borussia's und Austria's erwarten.“ Das ist ihre Rebe. Und die Mutter Germania? Ja, sie will helfen, aber sie ist altersschwach und kraftlos. Von ihren Kindern verstossen, liegt sie ohnmächtig am Sterbebette ihrer einzigen Tochter, die ihr stets treu war — ihres Schmerzenskindes! —

Und die Moral von der Geschichte: Wenn der Bund und die Deutschen Großmächte Schleswig-Holstein nicht befreien wollen, so müssen die Schleswig-Holsteiner und der Herzog von Augustenburg es selbst thun. Auf diesen Fall sollen sie frühzeitig vorbereitet sein, denn Armeen sind nicht aus dem Boden zu stampfen. Zu Rüstungen und Anwerbungen gehört aber Geld, viel Geld und deshalb muß viel Geld von Deutschland schon jetzt gegeben werden. Aus diesem Grunde macht der Herzog von Augustenburg die unverzinsliche Anleihe.

Führen Deutschlands Fürsten für den Herzog den Krieg — was wir schuldichst erhoffen — so wird er das Geld nicht brauchen und die Schleswig-Holsteiner werden es zurückzahlen. Lassen die Fürsten dagegen Schleswig-Holstein im Stich, so soll es, mögen die Kriegswürfel fallen wie sie wollen, nie heißen, daß auch das Deutsche Volk thatenlos zugehauert hat, wie der Bruderstamm geopfert wurde.

Deshalb noch einmal: Geld, mehr Geld für Schleswig-Holstein!! — b —

## Landtag.

Haus der Abgeordneten.

24. Sitzung, Montag, den 11. Januar.

(Schluß.)

Es folgt die Beantwortung der Interpellation der Abgg. Frhr. v. Hoberbeck und Schmiedede wegen der bekannten Vorfälle in dem Dorfe Schönau an der preußisch-polnischen Grenze.

Minister des Innern Graf Eulenburg: Ich kann die Interpellation nur dahin beantworten, daß die Thatfachen, soweit sie die Interpellation bringt, im Wesentlichen richtig sind. Bis auf einige kleine Abweichungen sind auch mir diese Berichte zugegangen. Es ist zu bedauern, daß diese Ueberschreitungen stattfinden. Der



Landrath hat sich sofort mit dem jenseitigen Grenz-Kommissar in Verbindung gesetzt, und ebenso ist auch auf diplomatischem Wege der russischen Regierung nicht bloß die Anzeige von dem Faktum gemacht, sondern auch die erforderliche Genugthuung von ihr verlangt worden. Das Resultat liegt noch nicht vor, die Regierung wird aber die Sache im Auge behalten und auf eine vollständige Genugthuung, wie dies in allen ähnlichen Fällen der Fall gewesen ist, bestehen.

Abg. v. Hoyerbedt begründet seine Interpellation. Es handle sich für ihn namentlich darum bei der von Preußen zu fordernden Genugthuung nicht nur um eine Entschuldigung der russischen Behörden für die stattgehabte Grenzüberschreitung, sondern besonders darum, daß Preußen verlange, daß die Schuldigen von den russischen Behörden bestraft und der auf preussischem Grund und Boden verhaftete Insurgent wieder ausgeliefert werde.

Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Die Thatsachen, wie sie in der Interpellation angegeben, seien richtig, auf kleine Abweichungen könne es hierbei nicht ankommen. Die Regierung könne den Vorfall nur bedauern. Der Kreis-Landrath habe sich mit der jenseitigen Bezirksbehörde bereits in Verbindung gesetzt und auf diplomatischem Wege sei Genugthuung eingefordert worden. Die Regierung werde die Sache im Auge behalten und hier, wie in allen übrigen Fällen, für eine vollständige Genugthuung Sorge tragen.

Der Kriegsminister von Roon ist in das Haus getreten.

Es folgt der zweite Gegenstand der Tagesordnung, die Beantwortung der Interpellation des Abg. Dr. Virchow. Dieselbe lautet: Seit dem 1. Januar d. J. ist die neue Verfassung für Dänemark-Schleswig, welche die Incorporation Schlesiens feststellt, und damit die wesentliche Vorbedingung für die Unterzeichnung des Londoner Vertrages vom 8. Mai 1852 durch Preußen aufhebt, in Kraft getreten. Es wird daher an das Königl. Staats-Ministerium die Frage gerichtet: 1) ist Preußen nunmehr von dem Londoner Vertrage zurückgetreten? oder steht dieser Rücktritt in nächster Zeit zu erwarten? 2) im Falle diese Frage verneint werden sollte: hält die Königl. Staatsregierung die Aufrechterhaltung der dänischen Gesamtmonarchie noch jetzt für ein preussisches Interesse?

Ministerpräsident v. Bismarck: Die Königl. Regierung ist bereit, auf die gestellte Interpellation zu antworten, sobald das Haus der Abgeordneten über die Bewilligung oder Verjagung der unter dem 8. Dezbr. vorigen Jahres geforderten Anleihe beschloffen haben wird. (Heiterkeit.)

Der Präsident glaubt, daß nach dieser Erklärung des Herrn Ministers die Interpellation nach dem §. 29 der Geschäftsordnung behandelt und die Aeußerung des Herrn Ministerpräsidenten als eine ablehnende Antwort angesehen werden müsse, und zwar könne durch diese Antwort der Beschluß des Hauses in der Anleihe nicht nur beeinflusst werden, sondern man wisse nicht, wie lange das Haus überhaupt noch zusammenbleibe, und deshalb könne möglicherweise eine Beantwortung der Interpellation gar nicht eintreten. Er werde deshalb, wenn mindestens 50 Mitglieder des Hauses sich dafür entscheiden, an die Beantwortung der Interpellation eine Debatte knüpfen.

Abg. Zimmermann stellt den Antrag auf Eröffnung einer Diskussion.

Ministerpräsident v. Bismarck: Ich kann mich der Deduktion des Herrn Präsidenten nicht anschließen. Ich habe mich bereit erklärt, die Interpellation zu beantworten, und habe die Feststellung des Tages in dem Bereich der Beschlüsse des Hauses gestellt. Der Herr Präsident sagt, die Beschlüsse über die Anleihe können bedingt werden durch die Beantwortung dieser Interpellation; es läßt sich dies auch umkehren: die Beantwortung dieser Interpellation kann wesentlich beeinflusst werden durch die Beschlußnahme über die Anleihe; indeß will ich dem Beschluß des Hauses über dessen Eintritt in die Diskussion in keiner Weise vorgreifen.

Freiherr v. Hoyerbedt erklärt sich ebenfalls für eine Debatte über die Interpellation. Die Aeußerung des Ministerpräsidenten sei wohl ein erträglich guter Witz, aber entspreche nicht der Würde dieses Hauses.

Bei der hierauf erfolgten Abstimmung über den Zimmermann'schen Antrag wird derselbe mit großer Majorität angenommen und die Debatte über die Interpellation eröffnet.

Der erste Redner ist der

Abg. Dr. Virchow: Seine Interpellation sei eine Art von Noth- und Hülfeschrei aus dem Bewußtsein, daß das Preussische Staatsschiff mit unsicherer Hand geleitet würde. Er wünscht zunächst, daß die Entscheidung über das Schicksal der Herzogthümer durch den Bund und die Stände der Herzogthümer getroffen werde. Es schein außer allem Zweifel, daß der Ministerpräsident die dänische Gesamtmonarchie erhalten wolle, und es sei für das Haus, für das Land notwendig, endlich zu erfahren, was denn in dieser Frage preussisches und was deutsches Interesse, und wie weit der Ministerpräsident berechtigt sei, das erstere von dem letzteren zu trennen. Das glaube er bestimmt, daß die Staatsregierung bis zu diesem Augenblick nicht mehr in Zweifel sein könne, ob sie die dänische Gesamtmonarchie erhalten wolle oder nicht. Es schein ihm, als ob das Verfahren der Regierung das Tageslicht zu scheuen habe, ebenso wie ein verbreitetes Gerücht sich dahin ausdrücke, daß der Ministerpräsident auf eine kleine Erweiterung des preussischen Territorialgebietes hinziele, ohne auf den großen Verlust zu achten, der für das Territorium Deutschlands daraus entstehen dürfte. Die Lage der preussischen Volksvertretung sei eine sehr traurige. Die letztere habe man dahin gedrängt, wünschen zu müssen, daß Preußen sich aus dieser Frage ganz zurückziehe und ihre Lösung Anderen überlasse. Redner geht sodann zu einem historischen Rückblick auf die Vergangenheit Preußens über. Preußens Herrscher haben seit dem Großen Kurfürsten ein großes Gewicht auf die Erlangung der Halbinsel für Deutschland

gelegt, welche seit 1297 die deutschen Küsten bedrohe, wenn nicht beherrschte. Die preussische Marine und deren Schutz erfordere die Gebietsvergrößerung, denn sie sei fast schutzlos und heimathlos. Die heutige Erklärung des Ministerpräsidenten beweise wiederum, daß derselbe die Politik nicht theile, die das ganze Volk wünsche und in der Interpellation nicht die eigentliche Absicht erkenne, die einer Verweigerung der Anleihe möglichst entgegen zu treten. Die beabsichtigte Occupation Schlesiens zur Ueberlieferung der Herzogthümer an Dänemark sei ein Unglück, das die traurige Lage Deutschlands schon im jetzigen Augenblick der Verwickelung vermehre, ein Unglück, welchem sich das Herz des Ministerpräsidenten nicht verschließen sollte, denn ein Staatsmann sollte trotzdem niemals aufhören, Mensch zu sein! (Beifall.)

Abg. Ewesten: Wenn der Ministerpräsident dem Hause erklärt hätte, daß die diplomatischen Unterhandlungen und das Stadium, in dem sich die schleswig-holsteinische Frage jetzt befinde, eine Antwort nicht wünschenswerth erscheinen lasse, so sei eine solche Aeußerung gerechtfertigt, ein Verlangen aber, erst die Anleihe zu bewilligen und dann eine Erklärung über die Politik zu fordern, sei ein ungerechtfertigtes. Redner läßt sodann zunächst eine Beleuchtung der Schritte der deutschen Großmächte am Bundestage folgen, welche ihren Gegenatz zu der nationalen Frage hinreichend dokumentiren. Für die letztere sei das Haus mit Eifer, Wärme und Opferwilligkeit eingetreten und sei diesen Bestrebungen nichts entgegen getreten, als die Behauptung des Ministerpräsidenten, die Abgeordneten und die von seiner Ansicht dissentirenden Mitglieder des Herrenhauses verständen von der Sache nichts. Er wolle deshalb auf das Urtheil von Sachmännern verweisen und erinnere zu diesem Behufe an die Denkschrift des Herrn von Miedem, die derselbe an den verstorbenen König im Februar 1851 gerichtet und welche sich entschieden gegen das Londoner Protokoll gewendet habe. Er verweise ferner auf die Aeußerungen der Herren v. Bunsen, v. Bonin und v. Radowiz, welche sämmtlich die Auffassung der ganzen deutschen Nation theilen, wie sie jetzt hervorgetreten und von diesem Hause angenommen worden sei. Redner geht sodann zu der oft erörterten Successionsfrage über und weist darauf hin, wie auch die meisten deutschen Regierungen für die Rechte des Herzogs von Augustenburg eingetreten seien. Der Ministerpräsident werde die Autorität der Herren v. Bunsen und v. d. Pfordten wohl anerkennen. Die Sache sei so klar, daß sie Jedem verständlich sein müsse. Preußen hätte nicht den Beruf, einen deutschen Thron zu stürzen, sondern ihn zu erhalten, einen deutschen Volkstamm von der Fremdherrschaft zu befreien, nicht aber ihn unter dieselbe zu bringen. Die Politik des jetzigen Ministeriums sei keine nationale, sondern eine Politik innerer Tendenzen und Parteien, welche sich von der nationalen Sache losgesagt habe, weil sie eben liberal ist und weil sie nicht nur vom deutschen Volke, sondern auch von der Mehrzahl der deutschen Regierungen geführt werde. Unserer Regierung, treffe der schwere Vorwurf, daß sie sich den Anschein geben, mit einem nationalen Aufschwung des Volkes nicht regieren zu können. Das Haus habe in der Adresse erklärt, alle inneren Fragen vor der großen nationalen Sache zurücktreten lassen zu wollen; die Regierung habe sich von dieser Politik losgesagt, nun müsse sich das Haus auch von der Politik dieser Regierung lossagen und jedes Mittel in die Waagschale werfen, welches noch übrig sei. Das Haus könne eine Politik nicht stützen, welche gegen Deutschlands Interessen gerichtet ist. Was werden werde, vermöge man jetzt noch nicht zu erkennen. Wir erblicken in der weiteren Entwicklung der jetzt angebahnten Verhältnisse nur ein Chaos, das sich jeder Berechnung entziehe und seinen gefährlichen und verderblichen Zustand herbeiführen muß. Gegen solche Eventualitäten müsse man protestiren und Alles ablehnen, was der Regierung Gelegenheit bietet, eine solche Politik auszuführen zu können.

Die Besprechung der Interpellation ist geschlossen.

Das Haus tritt in die General-Discussion über den Militär-Gesetz ein. (Berichterstatter: Freiherr von Baerff.) Es sind 9 Redner für, 9 Redner gegen den Commissions-Antrag eingeschrieben.

(Mehrere Regierungs-Commissare, auch die Minister Bodelschwingh, v. Mühlner und v. Selchow sind eingetreten.)

Referent schließt sich in seiner Einleitung dem von uns bereits mitgetheilten Berichte an; er motivirt, warum die Kosten der Reorganisation bisher noch nicht bewilligt worden sind. Er mag sich nicht wiederholen, denn es sei schwer, der Angelegenheit neue Gesichtspunkte abzugewinnen. Ein Militär-Gesetz sei als unablässig notwendig anerkannt, denn das Gesetz von 1814 sei in den wesentlichsten Punkten alterirt. So lange das Gesetz nicht vereinbart, könne man nicht anders, als die Reorganisationskosten abzusetzen.

Graf Schwerin, gegen die Commission, präcisiert seinen Standpunkt, der ihn bei der Abstimmung leiten würde. Die Reorganisation sei eine gute Maßregel, und finanziell durchaus nicht unausführbar. (Beifall.) v. Wangen erscheint in der Hofloge. Die Voraussagen des Herrn von Patow hätten sich überall bewährt und 1865 werde sich das Verhältnis noch günstiger gestalten. Den Standpunkt den die Majorität des Hauses einnehme, sei gleichwohl nicht ohne innere Berechtigung. Die Regierung hätte allerdings mehr auf die Forderungen des Hauses, z. B. die Abkürzung der Präsenzzeit, die Vorlage eines Organisations- und Recrutierungsgesetzes, eingehen können, um den schweren Conflict, der am Marke des Landes zehrt, auszugleichen. Auch heute könne noch eine Verständigung stattfinden. Die Bestimmungen werden heute nur eine principielle Bedeutung haben, und da könne er nur für die Reorganisation stimmen. Bei der jetzigen Kriegsgefahr können wir nicht anders.

Jung (für die Commissionsanträge): Es sei nicht unsere Sache, die Nützlichkeit der Reorganisation zu prüfen, sondern hier handele es sich darum, das Rechts-

verhältnis in Preußen wieder herzustellen. Die Regierung lege wohl Besetze vor, diese trügen aber den Stempel der Verworfenheit an der Stirn u. s. w.

v. d. Heydt blieb vollständig unverständlich auf der Tribüne, wird auch in seinen Ausführungen von Herrn Ewesten widerlegt, welcher ihm nachweist, daß er ganz anders spreche, als zu der Zeit, wo er Minister war, denn damals habe er ja auch erklärt, er könne nicht ohne Budget regieren. Jetzt könne man nur verwerfen, schlimmer könne es doch nicht werden.

Der Kriegs-Minister von Roon: Ich will die Discussion nicht erschweren; ich bin durch meine Stellung gezwungen, den Standpunkt der Regierung zu wahren, und dieser Standpunkt ist durch die heutigen Ausführungen nicht erschüttert. Gegen die Vorwürfe des Herrn Jung will ich nicht ankämpfen. Licht und Schatten sind hier nicht gleich vertheilt. Ich will auch nicht die Summe fest halten, sondern das Princip. Ich weiß, daß alle Beschlüsse der Majorität vorher festgestellt sind; jede Bemühung gegen solche Beschlüsse ist also eitel. Ich will nur objectiv sprechen, mit Pathos würde ich doch keinen Eindruck machen, höchstens einen herausfordernden und das will ich nicht. Die Angelegenheit ist zu ernst, als daß ich scherzen wollte im Vortrage. Die Selbsterhaltung ist oberstes Naturgesetz für das Individuum, ist eine sittliche Pflicht für den Staat. Die Ausführung von Beschlüssen, welche dieser Pflicht zuwiderlaufen, ist unausführbar. Sie fordern Aufhebungen der Beschlüsse, wo die Segnungen der Reorganisation zum erstenmale im Großen an den Tag treten (Heiterkeit), wo dem Vaterlande Gefahren drohen, wo bedeutende Streitkräfte entwickelt werden. Machre die Regierung die Reorganisation rückgängig, so würde sie sich des schwersten Vergehens gegen das Land schuldig machen. Sie stellen die Regierung vor die Alternative: entweder kein Budget oder Ruin der Armee. Sie treiben Tendenzpolitik, Sie wollen das Ministerium stürzen und fassen Beschlüsse gegen die Sicherheit des Landes. Sie wollen das Ministerium in einer äußeren Politik zwingen — damit verlegen Sie die Verfassung, denn Sie wollen dem Könige andere, als seine jetzigen Räte anzuordnen. — Diesmal soll das Militairbudget noch vor Beschluß über das Militairgesetz verumumelt werden und damit legen Sie alle Rückfragen außer Augen. Da-gegen lege ich Protest ein, störe Sie aber nicht in Ihrem Vorhaben und werde auf eine Bekämpfung Ihrer Anträge verzichten. Segen Sie Ihr hohes, gefährliches Spiel fort, wenn Sie es wollen.

Ein Antrag auf Schluß der Discussion wird gestellt und unterstützt, die Abstimmung ist zweifelhaft, die Discussion wird fortgesetzt.

v. Binde-Dibendorf: (Die Bänke leeren sich.) Er sei mit der Reorganisation einverstanden, namentlich jetzt, wo das Vaterland in Gefahr ist und da werde er jedem Ministerium die Mittel dazu gewähren.

Reichensperger nimmt das Recht der Landesvertretung, Ausgaben zu bewilligen, aus principiellen und practischen Gründen in Anspruch.

Graf Eulenburg. Wenn auch der Landesvertretung das Recht zusteht, jede Etatsposition abzulehnen oder zu bewilligen, so käme doch auch in Betracht, ob res integra vorhanden ist oder nicht. Zu solchen Positionen, wo nicht mehr res integra vorhanden ist, gehört auch die Militair-Reorganisation. Die Bewilligenden hätten sicher nicht daran gedacht, etwas Vorübergehendes zu bewilligen. Eine Auflösung der Reorganisation würde eine Auflösung der Armee, eine gänzliche Wehrlosigkeit herbeiführen; Kriegsgefahren seien aber vorhanden und da dürfe man die Reorganisation nicht bekämpfen; das sei moralisch unmöglich, werde auch nicht zum Wohle des Vaterlandes gereichen. Dadurch werde auch nicht die gesetzliche Regelung präjudicirt.

Stabenhagen: Allerdings habe das Haus ganz Anderes bewilligen wollen, wie der Vorredner meint. Ich habe nicht gedacht, daß so etwas möglich wäre und der Berichterstatter sagte damals: „Meine Herren, wenn Sie so etwas für möglich halten, so erklären Sie, daß die Männer Ihnen gegenüber nicht ehrliche Männer sind.“ — Wenn man von Verständigung spricht, so muß man auch an Nachgiebigkeit denken. (Hört!) Redner ist nicht verständlich auf der Tribüne und im Hause und der Ruf „Lauter!“ nügt auch nicht viel.) Wenn man verlangt, Geld ohne Bedingungen zu bewilligen, so ist das etwas Unerhörtes. Also man soll Geld geben, wenn man überzeugt ist, daß Preußen mit dieser Politik in's Verderben gestürzt wird? Der Kriegsminister hat uns an Manches gewöhnt, aber so etwas ist noch nicht vorgekommen. Auch Herr v. d. Heydt sieht man mit dem Kriegsminister Hand in Hand gehen; eigentlich müßten sie doch „feindliche Brüder“ sein. — Ich bin begierig zu erfahren, wo denn die Segnungen und Vortheile der Reorganisation sind.

Mitsche-Sollande: Im Felde würde die Landwehr ganz gut sein, zu Demonstrationen sei sie aber nicht gut (Heiterkeit), Demonstrationen seien aber notwendig. Er werde als guter Patriot für das Ordinarium stimmen.

Schulze (Berlin): Wir berathen hier den Friedensetat der Armee; wie wir uns im Angesicht eines großen Krieges zu verhalten haben, das ist eine andere Sache, wir berathen nur dauernde Zustände; die bisherigen Demonstrationen haben das Ansehen unseres Vaterlandes nicht gestärkt und solchen Demonstrationen sind wir nicht zugeneigt. Jedes Mitglied des Hauses hat seine bestimmte Ansicht über die Frage und es bedarf der Fraktionsbeschlüsse nicht. Die Reorganisation hat uns noch nicht weiter gebracht, weder nach innen noch nach außen. Die Ansichten des Kriegsministers führen sehr häufig zur Willkür. Große Regierungen haben sich allerdings in sehr schwierigen Fragen über das Gesetz für einen Augenblick gesetzt, es ist aber das aller-berberlichste, die Gesetzmäßigkeit mit der Wohlfahrt des Staates motiviren zu wollen. Mit gutem Glauben kann man dem Hause keinen Vorwurf machen, wenn man



die früheren Verhandlungen gelesen hat. Die höchsten Güter des Volkes wollen wir auf dem Altar des Vaterlandes niederlegen; wird uns aber von heiligen Spielen gesprochen, so bemerke ich, daß auch von der andern Seite hohes Spiel getrieben wird. — Unser Steuerbewilligungsrecht ist beschränkt, es tritt nur bei neuen Steuern ein und diesen Rest wollen wir bewahren. Ist schon ist es vorgekommen, daß man für etwas spreche und dagegen stimme. Herr Reichensperger hat heute erklärt, dagegen sprechen und dafür stimmen zu müssen. Das sei unbegreiflich. Zum Schlusse habe ich einen Protest im Sinne meiner politischen Freunde einlegen zu müssen gegen alles Geschenksein einer Verfassung aus Gnade, gegen alle Eröffnung der freibeitlichen Entwicklung in unserm Staatsleben aus Gnade und immer wieder aus Gnade. Nein, wenn irgend ein Volk sich ein Anrecht zu diesen Dingen erworben hat und heilige Zusagen von Seiten seines Fürsten ihm gegeben sind in der höchsten Noth, erkämpft mit seinem Blute, so ist es das preußische Volk (lebhaftes Bravo) und in seinem Namen glaube ich mich berufen, gegen solche Lösungen von oben herunter auf's ernstlichste zu protestiren (lebhafter Beifall) und aus solchem Proteste wird das Land entscheiden, ob es aus einem Irrthume die Majorität hergeschafft hat. — Ein Antrag auf Schluß der Discussion wird gestellt, unterstützt und angenommen.

v. d. Heydt (zu einer persönlichen Bemerkung): Er habe nicht tatsächliche Unrichtigkeiten begangen, wie ihm dies Herr Twesfen vorgeworfen. Er habe keineswegs einen Fortschritt im Rückschritt gemacht, im Gegentheil habe Herr Twesfen einen Rückschritt im Fortschritt gemacht. Die Gründe seines Austrittes aus dem Ministerium seien persönliche, seine Ansicht u. s. w.

Graf v. Schwerin: Herr Twesfen habe ihn mißverstanden. Wir stimmen für die Reorganisation, weil sie ein gutes Werk ist, und wir lassen uns durch das Verfahren der jetzigen Regierung nicht beirren. Der Erblasser hat nie eine Verantwortlichkeit für den Gebrauch, den der Erbe von der Erbschaft macht.

Reichensperger (ebenfalls zu einer persönlichen Bemerkung): Er habe stets gestimmt und gesprochen wie heute.

Der Referent berichtet die Anschauungen der Gegner der Commission. Es habe sich niemals um eine Bewilligung im Ordinarium gehandelt. Wäre im Jahre 1860 das Reorganisationsgesetz zuerst vereinbart worden, so wäre der heutige Conflict gar nicht entstanden.

Die General-Discussion ist geschlossen.

Der Handelsminister Graf Hohenhausen: Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich noch in so später Stunde wenige Worte zu sprechen genöthigt bin. Meine Hoffnung, die ich heute Morgen ausgesprochen, Ihnen noch 2 Eisenbahn-Gesetze vorlegen zu können, ist schneller in Erfüllung gegangen, als ich es vermutete. Ich beehre mich Ihnen diese beiden Gesetz-Entwürfe vorzulegen. Das eine Gesetz betrifft eine Eisenbahn von Trier durch die Eifel nach Gall. Die Rheinische Eisenbahn-Gesellschaft will diese Bahn bauen mit einer Zinsgarantie von 4 pCt. bei 11 Mill. Thlr. Das andere Gesetz nimmt noch geringere Mittel in Anspruch. Es ist nämlich gelungen, Privatgesellschaften zu finden, welche einerseits eine Bahn von Jüterburg nach Tilsit bauen und bereits in Angriff genommen haben und eine zweite, welche die sehr wichtige Bahn von Pillau nach Königsberg und von da nach Lyck mit der Verpflichtung, sie event. bis an die preussische Grenze fortzuführen, bauen will. Für beide Gesellschaften wird eine Beihilfe erbeten und zwar für die Bahn von Jüterburg nach Tilsit, 8 Meilen lang, 145,000 Thlr., also ungefähr 20,000 Thlr. pro Meile à fonds perdu. Für die andere (20 Meilen lang) eine solche von 12,000 Thlr. pro Meile à fonds perdu. Diese letztere Bahn erschließt einen großen Theil der Provinz Preußen und hat eine große Zukunft. Von der Grenze bis Grodno ist nicht weit, von da geht die Eisenbahn bis nach Warschau. Von Grodno ist aber auch nicht weit bis Minsk und ist da erst eine Eisenbahn, so sind Sie an den Zuflüssen des Dniepr. Die Folgen davon werden Sie selbst ermessen.

Die Entwürfe gehen an die vereinigten Commissionen für Handel und für Finanzen und Zölle.

Die nächste Sitzung findet morgen um 10 Uhr statt. Tagesordnung: Specialdebatte über den Militär-Etat; Entwürfe über das Contracten- und Hypothekenswesen, Einführung der Concurs-Ordnung im Bereich des Justiz-Senats zu Ehrenbreitstein, Aufhebung der lex anastasiana in dem Bezirk des gemeinen Rechts. Schluß der heutigen Sitzung 3½ Uhr.

[Abgeordnetenhaus.] In der heutigen Sitzung erneuerte der Abg. v. Roenne seinen Antrag auf Aufhebung der Cartelleconvention mit Rußland. In der Debatte über den Militäretat nahm das Haus mit großer Majorität den Kommissionsantrag an, daß alle Beamten des Kriegsministeriums auf die Verfassung vereidigt werden sollen. Bei der Diskussion des Kommissionsantrags auf Erhöhung des Soldes für Gemeine und Unteroffiziere meinte Virchow: vielleicht werde es nicht dieses Ministerium sein, das den Etat für 1865 vorzulegen habe. Der Kriegsminister v. Roon replizierte hierauf: man könne den Spiegel auch umkehren.

Berlin, 12. Januar.

— Die heutige Abendausgabe der „Nationalzeitung“ theilt mit: Frankreich habe an die mittleren und kleineren deutschen Staaten eine Circulardepesche gerichtet, in welcher es seine Stellung zu den englischen Conferenztorschlägen erklärt. In dieser Depesche heißt es: Die Londoner Conferenz habe nichts als ein ohnmächtiges, durch Thatsachen bereits verurtheiltes Werk zu Stande gebracht, eine zweite Conferenz müsse sich auf die Grundlage geeigneter Bedingungen stellen, welche die tatsächlichen Verhältnisse in Hol-

stein und Schleswig zum Ausgangspunkte nehmen; sie dürfe sich besonders nicht in Widerspruch mit dem deutschen Bunde setzen, indem sie Fragen berathe, welche vielleicht schon ihre Entscheidung durch Thatsachen gefunden hätten; auch Frankreich werde die Vertretung des Bundes bei der Conferenz wünschen, müsse aber zunächst wissen, ob der Bundestag, der bisher eine Einmischung der Mächte, welche das Londoner Protokoll unterzeichnet, in seinem Streit mit Dänemark wiederholt abgelehnt, diese Ansicht überhaupt geändert habe.

— Nach genaueren Nachrichten, die wir von Kopenhagen über den plötzlichen Tod des Generalkonsuls Duehl erhielten, fühlte sich derselbe fast bis zu seinem letzten Augenblicke vollkommen gesund, ein kleines rheumatisches Uebel abgerechnet, das aber schon am 1. Jan. durch einige Schröpfköpfe völlig beseitigt worden war. Am 3. Januar stand er heiter auf, ging seinen Geschäften nach, speiste wie gewöhnlich um 4 Uhr im Kreise seiner Familie zu Mittag. Kurz nach Tische empfand er ein plötzliches Uebelstinken, und kaum daß er den Seinen davon Mittheilung gemacht, brach er auch schon todt zusammen. Ein unerwarteter Tod machte einem überaus thätigen Leben ein Ende. Duehl hatte sich während der ganzen Zeit, wo er das Generalkonsulat in Kopenhagen bekleidete, der deutschen Handels- und Kneberei-Interessen im dänischen Reiche sehr lebhaft angenommen, und wie er sich darin eingelebt hatte, zeigte sein im vorigen Jahre erschienenenes treffliches Buch über das Konsularwesen; den deutschen Interessen der Herzogthümer war er von Herzen ergeben, und seine genaue Kenntniß der dänischen Verhältnisse und Parteien ist, wenn wir nicht irren, in dem auswärtigen Ministerium Preußens oft von großem Nutzen gewesen. (S. 3.)

Frankfurt a. M., d. 9. Jan. Ueber die letzten hierher gelangten Berichte der Civilcommissaire und des Oberbefehlshabers des Bundes in Holstein sind mir aus besonderen Quellen einige Nachrichten zugegangen. Erstere erkennen an, daß die Anwesenheit des Herzogs Friedrich im Lande ihnen bisher keine Verlegenheiten bereitet habe. Lezterer fragt an, wie er sich bei der tatsächlichen Weigerung der Dänen, das jenseits der Eider belegene holsteinische Gebiet zu räumen, verhalten solle, und giebt zu verstehen, zur Anwendung von Gewalt seien die ihm zur Verfügung stehenden Truppen zu schwach. Von militärischer Wichtigkeit sei das Kronwerk sammt den sechs Dörfern nicht, wohl aber von commercieeller für den rendsbürger Verkehr. Es ergiebt sich daraus, daß auch für die Verzögerung dieses, ganz innerhalb der bisherigen Beschlüsse liegenden Vorgehens der Bundestags-Ausschuß, d. h. Preußen und Oesterreich, verantwortlich zu machen sind. Die Entscheidung der Erbfolgefuge wird am Bundestage selbst für schlechthin unabsehbar gehalten. Als Herr v. Eybow vorgestern meinte, man könne die Unverschämtheiten der letzten englischen Note ja zurückgeben, indem man ihr die darauf zu bemessenden Ausschußberichte in Beilagen zusenbe, entgegnete Herr v. der Pfordten nicht ohne Bitterkeit: ja, wenn man überhaupt einen Ausschußbericht zu Stande kommen lasse.

— Aus Frankfurt, vom 7. d. schreibt das „Frankf. Journ.“: Wie wir von gewöhnlich gut unterrichteter Seite vernehmen, ist in der heutigen Bundestagsitzung von den beiden deutschen Großmächten weder das Einschreiten des Bundes gegen den Centralausschuß des Abgeordnetentages beantragt, noch sind von denselben Erklärungen bezüglich der „über ganz Deutschland verbreiteten revolutionären Bewegung“ abgegeben, noch endlich von Preußen allein irgend eine Aeußerung gegen die „agitatorischen Bestrebungen“ der deutschen Mittel- und Kleinstaaten gethan worden; alle diese reactionären Schritte hatte bekanntlich die feudale Presse für die heutige Bundestagsitzung in Aussicht gestellt. Aus dieser Sitzung ist nur als bemerkenswerth zu registriren, daß die zweite englische Note vom 31. Dec., welche Special-Conferenzen zur Regelung der schleswig-holsteinischen Sache vorschlägt, mitgetheilt worden ist. Uebrigens verlautet, daß auch eine russische Note mit gleichem Inhalt bei dem Prästbialsandten eingetroffen sei.

— Gegen Abend ist uns die wichtige Nachricht zugegangen, daß in Folge eines in Paris eingetretenen, bis jetzt nicht angeklärten Umschwungs die Conferenz wegen der dänisch-deutschen Frage wieder Chancen gewonnen habe und zwar die Londoner Conferenz, wie sie England vorgeschlagen hatte. Näheres zur Aufklärung wird wohl bekannt werden. Ich theile für heute die Nachricht ohne jeden Commentar mit.

London, 9. Jan. Ihre königl. Hoheit die Prinzessin von Wales ist, wie bereits telegraphisch gemeldet, gestern Abend vor 9 Uhr in Frogmore

Lodge von einem Knaben glücklich entbunden worden. Mutter und Kind erfreuen sich eines völlig befriedigenden Befindens. Die Nachricht kam durchaus unerwartet, da man wußte, daß die Prinzessin gestern Nachmittag noch mit ihrem Gemahl und in größerer Gesellschaft eine Eispartie auf Virginia-Water mitgemacht, und während die Herren so wie mehrere Damen sich mit Schlittschuhlaufen ergötzen, selbst in einem Schlitten fahrend an den Vergnügungen theilgenommen hatte; erst um 4 Uhr war sie nach Hause zurückgekehrt.

## Locales und Provinzielles.

Danzig, den 13. Januar.

[Stadtverordneten-Sitzung am 12. Januar.]

Vorsitzender: Hr. Th. Bischoff; Magistrats-Commissarien: Hr. Bürgermeister Dr. Ling, Hr. Stadtrat Ladewig und Hr. Stadtbaurath Licht. Das Protokoll der vorigen Sitzung wird verlesen und angenommen. Zu Mitredactoren des neuen werden die H. v. Rottenburg, Schirmacher und Schottler ernannt. Die Tagesordnung beginnt mit der Einführung des neu gewählten Protokollführers der Versammlung Hru. Lohaus in sein Amt. Nachdem diese stattgefunden, theilt der Herr Vorsitzende mit, daß der Betriebsbericht der Gasanstalt für den vorigen Monat eingegangen sei und im Bureau ausgelegt werden solle. Eine gleiche Mittheilung wird in Betreff des Revisionsberichts des städtischen Leihamts für den vorigen Monat gemacht. Die Versammlung giebt hierauf ihre Einwilligung zur Erstattung von Stromgeld und Brennmaterialiensteuer, wie zur Niederlegung kleiner Summen von Gesinde- und Hundesteuer. Im weiteren Verlauf der Sitzung bewilligt sie 1 Thlr. 29 Sgr. 4 Pf. für Reparatur der Pallisadenwand am Petersbager Thor, 20 Thlr. zu einem eisernen Ofen in der Gewerbeschule, 40 Thlr. 20 Sgr. zu Schulutenstücken für die altstädtische Elementarschule, 280 Thlr. zum Umbau des Wachtlochs im grünen Thore u. s. w. Bei dem Antrag des Magistrats um Bewilligung von 180 Thlr. zur Befoldung der Lehrerin an der vom Frauen-Verein überkommenen Armenschule spricht Hr. Kirchner für die Bewilligung. Denn die betreffende Lehrerin sei sehr tüchtig, obwohl sie noch nicht ihr Examen gemacht. Hr. Kirchner macht bei dieser Gelegenheit die Mittheilung, daß die jungen Damen, welche sich dem Lehrfach zu widmen beabsichtigten, in der Regel viel Zeit verlieren müßten, ehe sie von der kgl. Regierung zum Examen aufgefordert würden. Dadurch seien sie im pecuniären Nachtheil. Denn die nicht examirten Lehrerinnen würden nicht so gut honorirt wie die examirten. Trotzdem seien unter den nichtexamirten solche, welche von den Schul-Inspectoren die besten Zeugnisse aufzuweisen hätten. Hr. Kirchner stellt zwar keinen diesen Umstand betreffenden Antrag; indessen entwickelt sich über denselben eine Debatte, an welcher sich die Herren Zebens, Damme, Bischoff, v. Rottenburg, Breitenbach und Biber betheiligen und in deren Verlauf Hr. Boeszmöy die Mittheilung macht, daß Hr. Regierungs-Schulrath Wankrup das Lehrerinnen-Examen abzunehmen habe. Schließlich stellt Hr. v. Rottenburg den Antrag, den Magistrat zu ersuchen, über die Angelegenheit der Lehrerinnenprüfungen von der königlichen Regierung hier selbst Erkundigung einzugeben. Der Antrag wird angenommen. Ferner wird der Besoldungsplan der Gasanstalt pro 1863—64 vorgelegt und auf 10,962 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf. festgesetzt. Zugleich wird der Magistrat ersucht, in Erwägung zu nehmen, ob die Zinssprovision des Raffiniers der Anstalt nicht von ½ auf ¼ pCt. ermäßigt werden könne. Zum Schluß der Sitzung erfolgt die Erledigung mehrerer Revisoren-Anträge. — Auf eine an den Magistrats-Commissarius Dr. Ling gerichtete Anfrage, weshalb Hr. Oberarzt Dr. Eich noch nicht wieder in sein Amt eingeleitet worden sei, erfolgt die Antwort, daß bei dem Ministerium bereits von Seiten des Magistrats darüber Beschwerde geführt worden, daß die königl. Regierung die Einführung desselben verzögere.

— Vorgestern Abend feierte im untern Saale des preussischen Hofes der Präses des kathol. Gesellenvereins, Herr Vicar May, seinen Geburtstag im Kreise der Vereins-Gesellen. Der Ehrensénior, Herr Gurski, begrüßte ihn mit herzlichen Worten im Namen des Vereins und brachte ihm nach der Gratulation ein dreimaliges Hoch, in welches alle Anwesenden lebhaft einstimmten. Der Herr Präses ließ sich darauf in einer längern Rede über den Zweck und das Streben des Vereins aus, wobei er besonders hervorhob, daß es ein sicheres Zeichen für die gedeihliche Entwicklung des Vereins sei, daß sich die Anzahl der activen Mitglieder höchst erfreulich vermehre, wovon gewiß auch darin der Grund zu suchen, daß die Vorträge, welche von Vereinsmitgliedern, wie auch von Gönnern des Vereins gehalten werden, sich als sehr practisch erweisen, da sie theils das sociale Leben, theils das Gebiet der Industrie und der Erfindungen betreffen. Mit einem Hoch auf den Verein schloß der Herr Präses. — Freudig erregt wurden Alle dadurch, daß Herr Biltshauer Freitag den Verein mit seinem Besuche beehrte, und versprach, denselben öfter zu wiederholen, um einige Vorträge über die Künste zu halten. — Nicht unwesentlich trug ein Mitglied des Vereins zur Unterhaltung bei, indem dasselbe einige Proben seiner Kunstfertigkeit auf der Geige zum Besten gab.



Bei der Königl. Marine finden jetzt die Umkommandirungen von den Schiffen zur Flottille statt und werden die befähigten Navigationschüler als Auxiliär-offiziere zum Ersatz auf den Schiffen herangezogen werden.

In Stelle des nach Stettin als Kommandant ver- setzten General-Major v. Böhn wird der General-Major Frhr. v. Begelow die hiesige 2. Inf. Brigade und in Stelle des versetzten Oberstl. v. Gayl der Major v. Bismarck das Kommando des Seebataillons über- nehmen.

Zu Bank-Kendanten sind ernannt: Der Buchhalterei-Assistent Lehrs, 2ter Vorstands-Beamter des Bank-Comtoirs zu Danzig; der Buch- halter Gnade, 1ster Vorstands-Beamter der Bank- Kommandite zu Thorn und der Buchhalterei-Assistent Bückling, 1ster Vorstands-Beamter der Bank- Kommandite zu Elbing.

Morgen N. M. wird der hiesige Architekten-Verein eine Schlittenpartie vom Friedr. Wth. Schützenhause nach Oliva unternehmen.

Der Jahresbericht über unser Communalleben für die Periode 1863, welchen der Vorsitzende der Stadt- Verordneten-Versammlung, Hr. Kaufmann Bischoff, in der Sitzung am 5. d. M. vorgetragen, ist im Druck erschienen.

Am vorigen Montage hielt Herr Redacteur Ridert vor einer zahlreichen aus Herren und Damen bestehenden Versammlung des Gesellen-Vereins im großen Saale des Gewerbehause einen Vortrag über Schleswig- Holstein. Der Herr Vortragende entrollte ein interes- santes Bild der Geschichte dieser Herzogthümer von ihrem ersten Ursprunge an bis auf die Gegenwart, wies durch Thatsachen auf die großen Leiden hin, welche der deutsche Bruderkamm von den Dänen ertragen und schloß mit dem Wunsch, daß demselben nun endlich die Sonne der Freiheit aufgehen möge. Dem Vortrag, welcher zwei Stunden dauerte, folgte ein stürmischer Beifall. Die Geschäfts-Debatte des Vereins fiel wegen der vor- getruckten Zeit aus.

Der Lehrer K. zu Neutrug in der Danz. Nehrung hatte vor einigen Tagen das Unglück, in der Dunkelheit auf seiner Heimkehr aus einem Nachbarort sich in das frische Gass zu verirren. Man fand den Verunglückten am nächsten Morgen, bis an die Brust im Eise stehend, erstarrt und todt. Wie man vermutet, ist er, als er un- vermutet in's eisige Wasser gerathen, vom Schläge ge- troffen worden.

Herr Dr. Laubert wird nicht am nächsten Sonntag im Schützenhause, sondern am nächsten Sonn- abend im großen Saale des Gewerbehause einen Vor- trag zum Besten der K. Kinder-Bewahr-Anstalt halten.

### Gerichtszeitung.

#### Criminal-Gericht zu Danzig.

[Eine Freisprechung.] Die Fälle, in denen die wegen Beamtenbeleidigung Angeklagten frei- gesprochen werden, gehören zu den allerletzten. — Man könnte einen solchen Fall fast als einen weißen Raben bezeichnen: ein Beweis dafür, daß bei der Er- hebung von Anklagen wegen Beamtenbeleidigungen äußerst vorsichtig zu Werke gegangen wird und daß die Beamten wohl nur bei der dringendsten Veranlassung die ihnen zugesetzten Beleidigungen zur Anzeige bringen und sie dann auch stets ihrer Sache gewiß sind. — Der Dorf- Executor Spehr zu Strohbeich, der zugleich Schuh- macher ist und zu verschiedenen Zeiten eine Rolle in öffentlichen Gerichtsverhandlungen gespielt hat, hat nicht das Glück, zu der Zahl derjenigen Beamten zu gehören, von denen dies gesagt werden kann. Vor einiger Zeit brachte er zur Anzeige, daß ihn der Arbeiter Carl Neffe in einem öffentlichen Lokal zu Strohbeich in einer sehr bössartigen Weise beleidigt habe, daß dieser nämlich vor vielen Menschen in dem Lokal gesagt, Spehr habe sich bestechen lassen. Denn als er einmal bei einem Schiffer auf dem Rahne 2 Scheffel Weizen als unterschlagenes Gut gefunden habe und verpflichtet gewesen, dies der Behörde anzuzeigen, habe er die Anzeige unterlassen, in Folge dessen ihm der Schiffer 18 Thlr. für den ver- schlossenen Mund gegeben. Neffe gehand auf der An- klagebank unumwunden ein, diese Aeußerung über Spehr in einem öffentlichen Lokal gethan zu haben; er habe aber noch mehr gethan, er habe nämlich dem Vorgesetzten Spehrs, dem Herrn Schulzen Voley zu Strohbeich, von dem Vorfall Anzeige gemacht. Das würde er gewiß unterlassen haben, wenn er nicht im Stande sei, den Beweis der Wahrheit zu führen. Die Belastungszeugen, welche Spehr vorgeschlagen hatte, zu vereidigen, hielt der hohe Gerichtshof nicht für thunlich, weil sich im Laufe der Verhandlung herausgestellt, daß sie ein persönliches Interesse an der ganzen Angelegenheit hatten. Es er- folgte demnach, dem Antrage des Herrn Staatsanwalt gemäß, die Freisprechung des Angeklagten.

#### Meteorologische Beobachtungen.

12 3/4	343,35	— 0,8	W. schwach, bez. u. Nebel.
13 9	342,03	— 2,6	W. frisch, do.
12	342,05	— 2,8	NW. do. bezogen.

#### Pötsen-Verkäufe zu Danzig am 13. Januar.

Weizen, 80 Last, 133pfd. fl. 430; 132.33pfd. fl. 427 1/2; 131, 132pfd. fl. 410; 130pfd. fl. 375, 385, 400; 129pfd. fl. 380, 395; 128, 29pfd. fl. 375; 127, 28pfd. fl. 365 1/2; 129, 30pfd. bezogen fl. 375; 121pfd. fl. 330; 121pfd. schwarzpzig fl. 285, Alles pr. 85pfd. Roggen, 122, 23pfd. fl. 222; 125pfd. fl. 223 1/2, 225; 127, 28pfd. fl. 228; 129pfd. fl. 231, 232 1/2 pr. 85pfd. Gerste, große, 115pfd. fl. 204. do. 114pfd. fl. 198 pr. 75pfd.

## Raths - Weinkeller. Großes Concert

Mittwoch, den 13. d. Mts. von der vollständigen Capelle des Herrn Musikdirector Laade. Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 2 1/2 Sgr.

Strohhüte zur Wäsche befördert nach Berlin E. Fischel.

Der große Appell zur Feier des Königl. Auftrages von 1813 findet im Hause Brodbänkegasse 44. am 3. Februar 1864, Mittags 1 Uhr, statt. Danzig, den 14. Januar 1864. Der Stab der Danziger Compagnie Preussischer Vaterlandsvertheidiger von 1813 — 15.

Ein junges Mädchen aus achtbarer Familie wünscht zum Februar 1864 eine Stelle auf dem Lande, wo sie der Hausfrau in der Wirtschaft behülflich sein und den Kindern in allen Elementar- Gegenständen unterrichten will. Näheres in der Expedition dieses Blattes.

## Feuerversicherungsbank für Deutschland in Gotha.

Zufolge der Mittheilung der Feuerversicherungsbank für Deutschland zu Gotha wird dieselbe nach vorläufiger Berechnung ihren Theilnehmern für 1863

### ca. 75 Procent

ihrer Prämieneinlagen als Ersparniß zurückgeben. Die genaue Berechnung des Antheils für jeden Theilnehmer der Bank, so wie der vollständige Rechnungsabluß derselben für 1863 wird, wie gewöhnlich, zu Anfang Mai d. J. erfolgen. Zur Annahme von Versicherungen für die Feuerversicherungsbank bin ich jederzeit bereit. Danzig, den 7. Januar 1864.

**C. Pannenberg,**  
Agent der Feuerversicherungsbank f. D.,  
Neugarten Nr. 17.

## Stadt-Theater zu Danzig.

Donnerstag, den 14. Jan. (Abonnement suspendu.) Benefiz des Komikers Herrn Baade. Zum ersten Male: Ein Stoff von Herrmann. Lustspiel in 1 Akt von Moser. Hierauf zum ersten Male: Jettchen's Liebe und Kabale. Pöffe mit Gesang in 2 Akten von G. Salingré. Musik von A. Lang. Zum Schluß zum ersten Male: Moccoco und Modern. Ballet - Divertissement, arrangirt von G. Baade.

Freitag, den 15. Januar. (4. Abonnement No. 12.) Zum dritten Male: 500,000 Tausend. Pöffe mit Gesang in 3 Akten und 6 Tableaux von G. Michaelis.

**Königl. Pr. Lotterie.**  
Loos-Antheile zur 129ten Lotterie in 1/60 (Thlr. 1., größere Antheile nach Ver- hältniß) 1/30, 1/15, 1/10, 1/8, 1/4 u. s. w. habe ich noch einige zum Verkauf übrig.  
**G. A. Kaselow, Stettin.**  
NB. Außer den 150,000 Thlr. und 50,000 Thlr. Gewinn, welche jetzt in kurzer Zeit auf von mir überlassene Loos-Antheile fielen, brachte die letzte Lotterie wiederum den dritten Hauptgewinn von 50,000 Thlr.

**Apfelwein,** à Fl. 2 1/2 Sgr., 14 Fl. 1 Thlr. d. Anf. v. 30 Ort. 2 1/2 Thlr., excl.  
**Borsdorfer,** ganz vorzügl., à Fl. 3 1/2 Sgr., 10 Fl. 1 Thlr., Anf. 3 1/2 Thlr. excl.  
Aufträge gegen Baarsendung oder Nachnahme.  
**Berlin. F. A. Wald.**

Meinen Gönnern und Freunden, so wie einem geehrten Publikum die ergebene Anzeige, daß

## Sonnabend, den 16. d. Mts.,

im großen Saale des Schützenhause, zu meinem Besten, eine

# Abend - Unterhaltung

stattfinden wird.

Gestügt auf das mir bisher stets bewiesene Wohlwollen meiner Mitbürger, erlaube ich mir zu recht zahlreichem Besuche um so mehr einzuladen, als, wie aus dem nachstehenden Programme ersichtlich, sich ein überaus genussreicher Abend mit Bestimmtheit erwarten läßt. — Billets à 10 Sgr. sind in den Conditoreien der Herren **Greunberg** und **Sebastiani**, bei den Kaufleuten Herren **Durand**, **Novenhagen** und **Drewitz**, in der Musikalienhandlung von Herrn **Ziemssen** und in meiner Wohnung, **Dritten Damm 13**, gefälligst zu entnehmen. — Kassenpreis 12 1/2 Sgr. — Anfang präcise 6 Uhr.

### PROGRAMM.

**Erste Abtheilung.**

- 1) **Großes Trio** von L. v. Beethoven für Pianoforte, Violine und Violoncello, B - dur, op. 97, vorgetragen von den Herren Pianisten **Fr. Barthels**, Concertmeister **Schmidt** und **Jörn**, Accessist der Königl. Kapelle zu Berlin.
- 2) **Der Honwed** von Saphir, gesprochen von Herrn Oberregisseur **Ubrich**.
- 3) **Erste Arie der Renore** aus: „Der Troubadour“ von Verdi, gesungen von Fräul. **Hülgerth**.
- 4) **Adieu!** Launiges Gedicht von Görner, vorgetragen von Fräul. **Gerber**.
- 5) **Duett** aus der Oper: „Belisar“ von Donizetti, gesungen von den Herren **L. Fischer - Achten** und **Funk**.

**Zweite Abtheilung.**

- 1) **Quintett** aus der Oper: „Lucia de Lammermoor“, gesungen von Fräul. **Hülgerth** und den Herren **Stigele**, **Funk**, **Ludwig** und **Sichberger**.
- 2) **Ich soll declamiren!** Humoreske von Langer, vorgetragen von Fräul. **Kottmayer**.
- 3) **Arie des Groß - Seneschall** aus: „Johann von Paris“ von Boildieu, gesungen von Herrn Director **Emil Fischer - Achten**. (Auf vielfachen Wunsch).
- 4) **Der Combdiant**, nach einem ältern Gedicht bearbeitet und vorgetragen von **Rudolf Dentler**.
- 5) **Zwei Lieder** von Schubert und Mendelssohn, gesungen von Fräul. **Brenken**.

**Dritte Abtheilung.**

- 1) **Serenade espagnol Fantasie** für Cello von J. Stahlnecht, vorgeh. von Herrn **Jörn**, Accessist der Königl. Kapelle zu Berlin.
- 2) **Des Kindes Zuversicht** von Saphir, gesprochen von Fräul. **Krüger**.
- 3) **Das Morgensfenster'l**, Lied von Suppé, gesungen von Fräul. **Hofrichter**.
- 4) **Der Scharfrichter** von Langenswarz, gesprochen von Herrn **Barena**.
- 5) **Adelaide**, Lied von L. v. Beethoven, gesungen von Herrn **Stigele**.
- 6) **Schlaf in guter Ruh!** Gedicht von A. E. Luga, Melodie von W. Laubert, für den gemischten Chor arrangirt von A. Reithardt, gesungen von den Damen **Fr. Brenken**, **Fr. Hülgerth**, **Fr. Hofrichter**, den Herren **Stigele**, **Ludwig**, **Sichberger** und **Funk**.  
Die Hefigkeit der Gesangsproben hat der Herr Musik - Director **Scrapp** übernommen.

**Rudolf Dentler.**